

Lösungen für die Landwirtschaft statt weitere Konfrontation!

Ein Kommentar von Dr. Maren Heincke, Agraringenieurin im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

28. Januar 2020

Disziplin trotz Wut

Großer Respekt für friedlich demonstrierende Landwirte!

Am 17. Januar 2020 fand in Mainz eine beeindruckende Traktordemonstration verschiedenster Landwirte und Winzer statt. Ein kilometerlanger Konvoi von 800 großen Treckern sowie kleinen wendigen Weinbergschleppern hatte sich in Mainz-Lerchenberg beim ZDF formiert. Selbst ein zehn Meter langer Rübenroder rangierte gekonnt reibungslos um enge Kurven.

Es lohnte sich, in die ernst-freundlichen Augen dieser hart arbeitenden Berufsgruppe zu schauen. Agrarpolitik bekam so - wortwörtlich - ein Gesicht.

Auffallend viele junge Landwirtinnen und Landwirte nahmen an der Demonstration teil. Ihre berufliche und familiäre Zukunft steht teilweise auf dem Spiel. Struktur- und Generationsabbrüche landwirtschaftlicher Betriebe drohen.

Häufig saßen auch Kinder mit auf den Traktoren. Für sie ein großes Erlebnis in einem Meer aus Hunderten von gelben Warnblinkanlagen.

Ganz viel Respekt und großes Lob an alle Bauern, die ungeachtet ihrer Wut und echter Existenzangst dermaßen friedlich und diszipliniert demonstrierten!

Trotz schwerer Maschinen mit meterhohen Rädern, ohrenbetäubend lautem Dauer-Hupkonzert und teilweise martialisch wirkender schwarzer Beflaggung war alles absolut friedfertig.

Konfrontation versus Gesprächswunsch

Alle betreiben „Bauernbashing“ – Gefühl oder Realität?

Ohne Frage: Bauern gehören mit zu den wichtigsten Berufsgruppen der Welt. Auf eine abgesicherte, ausreichende landwirtschaftliche Urproduktion baut die gesamte Arbeitsteilung der heutigen deutschen Wirtschaft auf.

Bei jahrzehntelangen Umfragen in Deutschland landet der Beruf des Landwirts deshalb auch immer wieder unter den fünf wichtigsten und anerkanntesten Berufsgruppen. Angesiedelt in der Nähe zu Ärzten und Polizisten.

Entfremdung zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft

Trotzdem scheint eine tiefgreifende Entfremdung zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft stattgefunden zu haben. Durch den Strukturwandel ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sehr stark gesunken. Viele Verbraucher haben keinen direkten Kontakt mehr zu Bauern und sehr unrealistische Vorstellungen von moderner Landwirtschaft.

Umgekehrt haben sich auch viele Landwirte in die eigene Wagenburg und Filterblase zurückgezogen. Kontroverse gesellschaftspolitische Diskussionen werden deshalb fälschlicherweise als generelles „Bauernbashing“ eingeordnet. Qualifizierten Kritikern wird oftmals völlige fachliche Unkenntnis der Materie unterstellt.

Zwischen verschärften Konflikte und Dialogwillen

Insgesamt ist in Deutschland ein deutlich rauere Ton in die politischen sowie alltäglichen Konflikte eingezogen. Gegenseitige Rücksichtnahme und Orientierung am Gemeinwohl gehen zurück. Agrarpolitische Debatten verlaufen deshalb oft hitzig, sind klischeebeladen oder werden personalisiert.

Ehrliche, sehr zeitintensiv arbeitende Landwirte fühlen sich oft unverstanden und gesellschaftlich im Stich gelassen. Sie stehen unter hohem Wirtschaftsdruck und verlieren zunehmend ihre ausgeprägte Arbeitsfreude.

Engagierte Umwelt- und Naturschützer sind umgekehrt tief frustriert, da ihnen die Fortschritte nach Jahrzehnten des Einsatzes viel zu gering sind. Problemverleugnungen durch Bauernverbände stoßen auf immer weniger Verständnis.

Inzwischen zeichnet sich erfreulicherweise ab, dass die Beteiligten verschiedenster Couleur endlich erkannt haben, dass nur intensive Dialoge nachhaltige agrarpolitische Lösungen ermöglichen.

2020 – Jahr wichtiger agrarpolitischer Entscheidungen

In diesem Jahr stehen sehr wichtige agrar-, umwelt- und handelspolitische Entscheidungen der EU und Deutschland an.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

Die Bauernproteste stehen mit den aktuellen Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU für den Zeitraum 2021-2027 in enger Verbindung.

Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland plangemäß die EU-Ratspräsidentschaft. Es wird damit gerechnet, dass erst dann die genaue Höhe des zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU festgelegt wird.

Großbritannien zählte bisher zu den großen EU-Nettozahlern. Aufgrund des Brexits herrscht derzeit über das zukünftige Finanzvolumen der EU starke Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten.

Die zukünftigen übergeordneten neun GAP-Ziele sind durch die EU-Kommission bereits festgelegt worden. Vermutlich wird aber erst nach Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens in Abstimmung zwischen EU-Kommission, EU-Rat sowie EU-Parlament die zukünftige GAP präziser festgelegt.

Bisher stehen der europäischen Landwirtschaft pro Jahr 60 Milliarden Euro EU-Agrargelder zur Verfügung. Das sind 38 % des EU-Gesamthaushaltes.

Auf die deutsche Landwirtschaft entfallen jährlich 6,3 Milliarden Euro EU-Fördermittel. Hinzu kommen die Agrarfördergelder des Bundes und der Bundesländer.

Trotz hoher öffentlicher Förderung und mehrfachen GAP-Reformen ist es seit fast sechs Jahrzehnten nicht gelungen, die agrarpolitischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass er auf Dauer eine tatsächlich nachhaltige Landwirtschaft ermöglicht.

Gravierende Defizite in der Landwirtschaft bestehen bezüglich der sozioökonomischen Situation vieler Bauernfamilien, nicht tiergerechten Haltungsverfahren sowie verschiedener Umweltbelastungen.

Neben der GAP-Reform stehen 2020 weitere bedeutsame politische Beschlüsse der EU und der Deutschlands mit Bezug zur Landwirtschaft an (Mercosur-Abkommen der EU, Green Deal der EU; Nationale Gesetze aus dem Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutzbereich).

Globalisierung schränkt agrarpolitische Handlungsspielräume der EU ein

Durch die Globalisierung der Weltagarmärkte haben sich die agrarischen Machtzentren verschoben. Insgesamt zeichnen sich sehr starke internationale Oligopolbildungen im Agrarsektor ab.

Immerhin wird inzwischen die Sicherung der Welternährung als eine der zentralen Zukunftsherausforderung der Menschheit politisch anerkannt. Massives Weltbevölkerungswachstum samt steigendem Fleischkonsum muss mit dem Erhalt der natürlichen Ressourcen unter Bedingungen des rasanten Klimawandels in Einklang gebracht werden.

Mangelnder politischer Gestaltungswille des Bundesagrарministeriums

In dieser agrarpolitisch brisanten und entscheidenden Situation setzte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei der Grünen Woche in Berlin ganz auf das Motto „Du entscheidest“.

Sie suggerierte auch in aktuellen Interviews, dass die Verbraucher und deren Konsumverhalten der entscheidende Hebel für eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktions- und Einkommensbedingungen in Deutschland wären.

Damit wälzt die Bundesagrарministerin die Verantwortung auf die Konsumenten ab. Der weitaus größte Machthebel besteht jedoch darin, endlich politische Weichen für eine zukunftsgewandte GAP-Reform zu stellen.

Seit dem Jahr 2005 wird das Bundeslandwirtschaftsministerium von Unionspolitikern geführt. Viel Zeit für positive Veränderungen. Die jedoch nur zögerlich erfolgten. Kein Wunder, dass sich viele Landwirte von der Politik nicht mehr ernst genommen fühlen.

Konfliktfeld Nitratbelastung des Grundwassers

Bauernproteste gegen Verschärfung der Düngeverordnung

Bei den Bauernprotesten geht es unter anderem zentral um die geplante Verschärfung der deutschen Düngeverordnung.

Wie bei den meisten der agrarpolitischen Konflikte ist sehr viel Hintergrundwissen nötig, um die aktuelle Lage aus verschiedenen Blickwinkeln heraus einordnen zu können.

50 Jahre Diskussionen um Nitratbelastungen des Grundwassers

Seit den 1970er Jahren sind großflächige und steigende Nitratbelastungen des Grundwassers aus der Landwirtschaft bekannt. Verursacht wurden sie vor allem durch zu hohe Stickstoffbilanzüberschüsse im Pflanzenbau.

Bewährte Kooperationsmodelle aus Landwirtschaft und Wasserwirtschaft

Seit den 1980er Jahren gibt es gelingende Modelle der Kooperation zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft. Durch die langfristigen Kooperationen werden sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe abgesichert.

Eine Vielzahl an wirksamen Maßnahmen des Wasserschutzes wurde praxisnah entwickelt (Güllebörsen, Gewässerrandstreifen, Zwischenfruchtanbau, Reduktion der Stickstoffdüngung, zeitlich gezielter Einsatz von N-Düngern, gezieltes Monitoring der N-Düngevorräte in Böden, Ausbringungsverbote von organischen Düngern im Winter, etc.).

Reduktionsziel beim landwirtschaftlichen Stickstoffüberschuss verfehlt

In großen Regionen setzte sich die Nitratbelastung des Grundwassers hingegen fort. Dabei handelt es sich teilweise um ein strukturelles Stickstoffüberschuss-Problem der Landwirtschaft.

Im Jahr 1990 betrug der mittlere deutsche Stickstoffbilanzüberschuss auf Landwirtschaftsflächen 141 kg N/ha/a. 2017 waren es immer noch über 90 kg N/ha/a. Im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung soll bis 2030 eine Reduktion auf 70 kg/ha/a erreicht werden.

Zur Einordnung: Zielvorgaben für grundwassergefährdete Gebiete sind Stickstoffüberschusswerte im Herbst von unter 30 kg N/ha/a sowie N-Hoftorbilanzen von unter 40 kg N/ha/a.

Im langjährigen Mittel gelten 30 kg N/ha/a als umweltverträglicher N-Überschuss. Völlig lassen sich die Überschüsse aus Gründen der Pflanzenernährung nicht reduzieren.

In offenen Systemen wie der Landwirtschaft können die N-Überschüsse außerdem jährlich stark schwanken aufgrund von Witterungsbedingungen und sich ändernden Erntehöhen. Entscheidend ist deshalb die mehrjährige, mittelfristig ausgeglichene N-Bilanz.

Sehr hohe Schadenssummen bei Trinkwasseraufbereitung

In Folge der Nitratbelastungen mussten in den vergangenen Jahrzehnten viele Grundwasserbrunnen ganz geschlossen, tiefer liegende Grundwasservorräte erschlossen oder Nitrat-belastetes Wasser mit sehr reinem Wasser verschnitten werden. Dadurch entstanden und entstehen der Wasserwirtschaft Schäden in Milliardenhöhe. Und damit auch den Wasserkunden.

Historische und aktuelle Belastungen des Grundwassers

Grundwasser hat ein sehr langes Gedächtnis. Zum Teil bilden sich aktuell im Grundwasser die „historischen“ Einträge von vor mehreren Jahrzehnten ab. Ebenso gibt es aber auch Regionen, in denen aufgrund der aktuellen Nitratreinträge die Grundwasserverschmutzung sogar noch im Steigen ist.

Es kann je nach lokaler Situation Jahrzehnte dauern, bis sich die Nitratbelastungen im Grundwasser wieder deutlich verringern können. Dies hängt u. a. auch von der Grundwasserneubildungsrate und den jeweiligen biogeochemischen Abbauprozessen des Nitrats ab.

Große regionale Unterschiede wahrnehmen

Es gibt zahlreiche Gebiete in Deutschland, in denen gar keine relevanten Grundwasserbelastungen aus der Landwirtschaft bestehen.

Die Nitratreinträge ins Grundwasser sind insbesondere in jenen Regionen überdurchschnittlich hoch, in denen Gemüseintensivanbau, sehr hohe Viehbesatzdichten, große räumliche Dichte an Biogasanlagen oder schwierige bodenkundliche und hydrogeologischen Verhältnisse dominieren. Auf diese Hot Spots („Rote Gebiete“) sollten sich die Maßnahmen konzentrieren.

Je nach regionalen naturräumlichen Ausgangsbedingungen entsteht die Nitratbelastung des Grundwassers in einem komplexen Zusammenspiel aus Lokalklima, Bodenstrukturen, hydrogeologischen Verhältnissen und landwirtschaftlicher Bewirtschaftungspraxis. Deshalb sind regionalspezifische Lösungsansätze notwendig.

Grundwasserkörper bilden keine Einzelverursacher ab

Hinzu kommt, dass sich im jeweiligen Grundwasserkörper die Summe der landwirtschaftlichen Tätigkeiten im gesamten Einzugsbereich abbildet. Zum Teil gibt es einzelne „Schwarze Schafe“, die eine erhebliche negative Auswirkung auf die gesamte lokale Grundwasserqualität haben.

Die ordentlich wirtschaftenden Betriebe in den „Roten Gebieten“ sind von den geplanten verschärften Auflagen der Düngeverordnung hingegen genauso betroffen.

Umweltsünden der Vorväter

Teilweise sind die Nitratbelastungen des Grundwassers bereits durch die falsche Bewirtschaftung von vor Jahrzehnten entstanden.

Die „Roten Gebiete“ geben deshalb keinerlei Auskunft über die aktuelle präzise Bewirtschaftung einzelner Schläge sondern aggregieren die längerfristige Gesamtbelastung und das Gesamtrisiko in einer Region.

EU-Nitratrichtlinie seit 1991 in Kraft – mehr als eine unverbindliche Empfehlung

Die EU-Nitratrichtlinie trat 1991 in Kraft. Ihr Ziel war und ist die Verhinderung der Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers durch Nitrateinträge aus der Landwirtschaft.

Die Regeln der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft wurden unter anderem darauf abgestimmt und in der Düngeverordnung geregelt.

Seit fast 30 Jahren hat die deutsche Politik die konsequente Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie jedoch versäumt – trotz vollständigem Geltungsanspruch des EU-Rechtes.

Gleichzeitig haben Bauernverbänden in diversen Gremien als machtvolle Lobbyisten daran gearbeitet, praxisnahe Umsetzungsschritte zu verhindern.

Strafzahlungen von täglich 850.000 Euro drohen

Aufgrund der jahrelangen Verstöße gegen die EU-Nitratrichtlinie hat die EU-Kommission Deutschland verklagt. Der Europäische Gerichtshof hat 2018 den Verstoß Deutschlands gegen die EU-Nitratrichtlinie bestätigt.

Im Jahr 2017 wurde die Düngeverordnung auf Druck der EU bereits einmal novelliert. Die EU-Kommission kritisierte diese Verschärfungsmaßnahmen jedoch schon damals als unzureichend. Deshalb muss die Düngeverordnung jetzt erneut nachgebessert werden.

Im April 2020 stehen die Entscheidungen über die neue Düngeverordnung im Bundesrat an. Bereits im Sommer 2020 soll die dann überarbeitete Düngeverordnung in Kraft treten.

Bei weiterem Nichthandeln droht der Bundesregierung Strafzahlungen an die EU in der Größenordnung von 850.000 Euro täglich.

Beim deutschen Steuerzahler dürften solche Strafzahlungen aufgrund gravierender Fehlentscheidungen auf keinerlei Verständnis stoßen. Weder gegenüber der Politik noch gegenüber der Landwirtschaft.

Nicht-Handeln rächt sich jetzt

Jetzt rächen sich die Problemverdrängung der Politik und die Blockadehaltung der Landwirtschaft.

Hätte man über Jahrzehnte hinweg die notwendigen Umbauprozesse für eine gewässerschonende Landwirtschaft etabliert, wäre dies innerhalb der normalen betrieblichen Modernisierungsschübe möglich gewesen. Landwirte hätten ausreichende

Investitions- und Planungssicherheit gehabt. Die Maßnahmen hätten sich auf die Problemregionen und die konkreten Verursacher konzentrieren können.

Verschärfung trifft die Richtigen – und die Falschen

Geplante pauschale Auflagen wie die Reduktion des Stickstoffdüngereinsatzes um 20 % in den „Roten Gebieten“ würden jetzt auch alle jene Landwirte treffen, die jahrelang fachgerecht gearbeitet haben. Diese Betriebe haben lediglich das Pech, zufällig in den „Roten Gebieten“ zu liegen.

Wie soll ein Landwirt damit konstruktiv umgehen, wenn seine ökonomische Existenz bedroht wird, da er in Kollektivhaftung genommen wird?

Denn eine starke Senkung der Stickstoffdüngung kann tatsächlich bei der Produktion von Brotweizen oder „perfektem Gemüse“ zu Qualitätsproblemen bei den Lebensmitteln führen. Der Handel hat sehr hohe Qualitätsansprüche und listet gnadenlos aus.

Umgekehrt bedeutet 20 % geringeres Düngenniveau nicht automatisch 20 % weniger Ertrag. Je nach den Stickstoffvorräten in den Böden führen Düngereduktionen auch nicht zum sofortigen Abbau von Humus.

In den „Roten Gebieten“ zeigt sich jedoch klar das Problem, dass das im Umweltrecht ganz zentral verankerte Verursacherprinzip ausgehebelt wird. Die wirklichen Umweltsünder sind nicht so leicht aufspürbar.

Hinzu kommt, dass nun unter enormen Zeitdruck fachlich gesehen teilweise fehlerhafte politische Entscheidungen gefällt werden.

Auswege aus dem Dilemma suchen

Im traditionellen Landwirtschaftssektor ist die Ebene der Mitmenschlichkeit, des gegenseitigen Respekts und des Vertrauens sehr wichtig.

Ein gemeinsamer Dialog verschiedener gesellschaftspolitischer Akteursgruppen kann deshalb nur auf der Basis von größerer Ehrlichkeit erfolgen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse akzeptieren

Seit mehreren Jahrzehnten weisen Wissenschaft, Landesämter, Umweltministerien und Wasserwirtschaft auf die Nitratproblematik hin. Es gibt jahrzehntelange kontinuierliche Nitratmessreihen. Anhand von Isotopenmethoden kann wissenschaftlich die Quelle von Stickstoffverbindungen nachgewiesen werden.

Als Hauptverursacher der Nitratbelastungen des Grundwassers gilt ganz überwiegend die landwirtschaftliche Düngung. Punktuell können Kläranlagen oder undichte Abwasserleitungen zwar ebenfalls zu Nitratreinträgen ins Grundwasser beitragen. Mengenmäßig schlagen diese Belastungen hingegen kaum zu Buche.

Problemverleugnung hilft nicht weiter

In Landwirtschaftskreisen wird ungeachtet dieser Tatsachen intensiv darüber diskutiert, dass es gar keine Nitratbelastung aus der Landwirtschaft gäbe, sondern entweder die Messstellen falsch platziert wären oder Kläranlagen die Hauptverursacher seien.

Viele Landwirte sitzen diesen Fake News auf, welche über Social Media innerhalb von landwirtschaftlichen Filterblasen seit Monaten beständig wiederholt werden. Die meisten Bauern haben aufgrund ihres Arbeitsdruckes auch gar keine Zeit, sich intensiv mit komplizierten Fragen des Stickstoffhaushaltes zu befassen.

Diverse Landwirte hinterfragen die anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse also nicht bloß, was berechtigt wäre. Sie stellen die gesamte Wissenschaftlichkeit und die Messstellen-Netze an sich ganz grundsätzlich in Frage.

Diese Total-Verweigerungshaltung gegenüber wissenschaftlichen Fakten verhindert jedoch gerade jeglichen politischen Dialog über praxistaugliche Lösungswege für die Landwirtschaft. Es führt in die Sackgasse.

Verantwortung übernehmen statt eskalieren

Einige Landwirte sind sich der Problemlage hingegen durchaus bewusst und bringen die Fehl- und Falschargumente bewusst vor, um politischen Druck zu erzeugen, große Demonstrationen zuzuregen und letztendlich die notwendigen politischen Maßnahmen wieder einmal zu verhindern.

Aus kirchlicher Sicht ist dies ein absolut unverantwortliches Handeln. Denn es erzeugt bei anderen Landwirten das Gefühl, von einem dilettantischen Staat völlig unberechtigt in der eigenen Existenz bedroht zu werden. Diese vermeintlichen Ungerechtigkeits Erfahrungen können zur „inneren Kündigung“ gegenüber dem Staatswesen sowie zu radikalerem Gedankengut führen.

Wenn keine gemeinsame grundsätzliche Akzeptanz der Fakten mehr vorhanden ist, führt das unweigerlich in die gesellschaftspolitische Eskalation.

Mehr Ehrlichkeit auf allen Seiten nötig

Der einzige konstruktive Ausweg besteht in mehr gegenseitiger Ehrlichkeit und Verantwortungsübernahme aller Akteure.

Politik mit fachlichem Augenmaß

Die Politik muss Verantwortung für ihre jahrzehntelange Handlungsunfähigkeit und den Verzicht auf die rechtzeitige Umsetzung des Ordnungsrechtes übernehmen.

Warum wurden z. B. wider besserem Wissens immer weitere gewerbliche Ställe der Nutztierhaltung in den bereits stark vorbelasteten Regionen mit sehr hoher Viehbesatzdichte Nordwestdeutschlands zugelassen?

Außerdem ist mehr politische Transparenz nötig. Die agrarpolitische Situation ist viel zu ernst, um Verzögerungsspielchen zu inszenieren oder die EU als Sündenbock zu diffamieren.

Die Politik muss außerdem sehr genau hinschauen, welche Landwirte von den geplanten Verschärfungen tatsächlich völlig ungerechtfertigt getroffen werden. Wie kann das verhindert oder abgemildert werden? Große Ungerechtigkeiten oder eine achselzuckende Kultur der Akzeptanz von „Kollateralschäden“ sind inakzeptabel.

Rolle des landwirtschaftlichen Beratungswesens

Die landwirtschaftliche Officialberatung sollte sich eingestehen, dass sie in der Vergangenheit oft einen zu hohen Stickstoffdüngereinsatz propagiert hat. Viele Landwirte fühlen sich heute im Stich gelassen, da sie sich früher an diesen Düngempfehlungen orientiert haben und jetzt dafür kritisiert und in die Haftung genommen werden.

Wie kann das landwirtschaftliche Beratungswesen jetzt schnell und pragmatisch die Landwirte bei effektiven Lösungsansätzen unterstützen?

Konstruktive Impulse aus Berufsstand

Der landwirtschaftliche Berufsstand sollte Verantwortung dafür übernehmen, dass er in der Vergangenheit über seine Verbände sinnvolle Gewässerschutzmaßnahmen blockiert hat.

Individuell sollten sich die Landwirte außerdem überlegen, wo sie oder ihre Vorgänger eventuell Managementfehler im Umgang mit der Stickstoffdüngung gemacht haben.

Landwirte sollten proaktiv politische und praktische Lösungswege identifizieren, um aus der gegenwärtigen Misere heraus zu kommen. Jahrelange Erfahrungen mit höchst erfolgreichen Kooperationsmodellen zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft liegen doch vor.

EKHN kann beim Sortieren helfen

Im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten bietet die EKHN zeitnah „Sortier- und Dialoggespräche“ in kleinen Kreisen zu diesen Themen an. Bei Interesse bitte melden bei:

Dr. Maren Heincke (Dipl.-Ing. agr.)
Referentin für den Ländlichen Raum

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

Tel.: 06131/2874447
Fax: 06131/2874411
Email: m.heincke@zgv.info